

*Horčíčka, Václav: Lichtenštejnové v Československu [Die Lichtensteiner in der Tschechoslowakei].*

Agentura Pankrác, Praha 2014, 224 S., ISBN 978-80-86781-22-8.

Václav Horčíčka befasst sich in seiner jüngsten Publikation mit einem Thema, das gleich zwei Gebiete tangiert, die in der Historiografie bislang zu kurz gekommen sind: Das ist zum einen die tschechisch-liechtensteinische Geschichte, der sich eine Historikerkommission erst seit zwei Jahren widmet, zum anderen die Frage, wie sich der Adel in den böhmischen Ländern zu Staat, Nation und den großen Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts verhalten hat. Abgesehen von Glassheims großem Buch über die nationale Verortung des böhmischen Adels zwischen der Revolution 1848 und dem Ende des Zweiten Weltkriegs liegen zu diesem Themenkomplex bislang nur Teilstudien vor.<sup>1</sup>

Die Monografie befasst sich in vier gleichgewichtig konzipierten Kapiteln zwar vorwiegend mit der Entwicklung nach 1918, bietet dem Leser aber auch einen Überblick über die ältere Geschichte des Geschlechts der Lichtensteiner. Besonders informativ ist der Teil, der der spezifischen Stellung der Familie in Österreich-Ungarn gilt. Hier zeigt Horčíčka, dass sich die Lichtensteiner der Vorteile erfreuen konnten, die mit ihrer Stellung als souveränes Herrscherhaus verbunden waren, ihnen zugleich aber die Rechte nicht verwehrt wurden, die den Untertanen des österreichischen Kaisers zustanden. Nur das machte es möglich, dass das Familienoberhaupt, Fürst Johann II., Mitglied des Wiener Herrenhauses werden konnte. Mit

---

<sup>1</sup> *Glassheim, Eagle: Noble Nationalists: The Transformation of the Bohemian Aristocracy.* Cambridge 2005.

dem Zerfall der Monarchie am Ende des Ersten Weltkrieges erloschen auch diese Privilegien. Die Liechtensteiner bewahrten sich zwar ihren Status der souveränen Herrscher, die Tschechoslowakei lehnte es jedoch ab, diesen anzuerkennen, und nahm keine diplomatischen Beziehungen zum Fürstentum Liechtenstein auf, weder direkt noch vermittelt über die Schweiz.

Wie Horčíčka belegt, waren die tschechoslowakischen Behörden nicht prinzipiell gegen die Anerkennung des Fürstentums, zuerst jedoch wollten sie die geplante Bodenreform durchführen. Als Familie mit dem größten Grundbesitz in Mähren (in den gesamten böhmischen Ländern kamen ihnen hinsichtlich des Eigentums an Boden nur die Schwarzenberger gleich) waren die Liechtensteiner von diesem Projekt in besonderer Weise betroffen. Auf der Grundlage von Archivdokumenten rekonstruiert Horčíčka detailliert die Verhandlungen über die Durchführung der Reform. Er kommt zu dem Schluss, dass der Staat zwar ein Interesse an einer Normalisierung der Beziehungen zu Liechtenstein hatte, die Behörden den Liechtensteinern in einzelnen Angelegenheiten sogar entgegenkamen, das Hauptziel der Politik jedoch in der Enteignung von Teilen des Besitzes und seiner Zuteilung an Kleinbauern und Personen ohne Grundbesitz lag. Begleitet wurde dieses Vorhaben von der in einer Öffentlichkeit nicht unwirksamen Propaganda, die die Adelsfamilie für die nach dem Sieg der Habsburger in der Schlacht am Weißen Berg einsetzende Rekatholisierung und angebliche Germanisierung des Landes mitverantwortlich sprach.

Die Versuche der Liechtensteiner, den Streit um das Eigentum mit der Tschechoslowakei zu internationalisieren, blieben in der Zwischenkriegszeit erfolglos. Trotz der Proteste der Schweiz, die die staatlichen Interessen des Fürstentums im Ausland vertrat, verlor die liechtensteinische Primogenitur etwa 57 Prozent ihres Grundbesitzes in den böhmischen Ländern – was ungefähr der Größe der Verluste anderer böhmischer Adelsgeschlechter entsprach.

Das folgende Kapitel gilt der Zeit der deutschen Okkupation und des Zweiten Weltkriegs, für die Horčíčka ein ausgewogenes Bild zeichnet. Er schildert die mit der Besetzung durch Deutschland verbundenen Probleme bei der Verwaltung des Familienbesitzes, das mitunter schwierige Verhältnis zu den Okkupanten und das Bemühen der Adeligen, den Familien der tschechischen Angestellten entgegenzukommen, verweist aber auch auf die Vorstöße der Dynastie, die Ergebnisse der ersten tschechoslowakischen Bodenreform zu korrigieren und eine Änderung des nach dem Münchner Abkommen festgelegten Grenzverlaufs bei Lundenburg (Břeclav) zugunsten Deutschlands zu erreichen.

Nach dem Mai 1945 wurde der Familienbesitz der Liechtensteiner auf der Grundlage der so genannten Beneš-Dekrete enteignet. Dabei berief sich der Staat auf die angebliche deutsche Nationalität des regierenden Fürsten und weiterer Familienmitglieder, argumentiert wurde im Wesentlichen also nicht mit der Tätigkeit Fürst Franz Josefs II. während des Krieges. Horčíčka kann nachweisen, dass sich selbst die beteiligten tschechoslowakischen Staatsorgane der Legitimität dieser Konfiskationen nicht sicher waren. So stellte etwa die Tatsache ein Problem dar, dass der Fürst nicht nur Bürger, sondern auch Oberhaupt eines neutralen Staates war. Verglichen mit Schweizern oder den so genannten Altösterreichern wurden die Staatsbürger Liechtensteins aber mit großer Härte behandelt, was Horčíčka einerseits auf deren

umfangreiche Besitztümer, andererseits auf die Vorbehalte gegen die angeblichen Profiteure der Schlacht am Weißen Berg zurückführt. Das Engagement der Schweiz im Fall Liechtenstein blieb nach dem Zweiten Weltkrieg nicht ganz ohne Wirkung, doch agierten die Eidgenossen, wie Horčíčka zeigt, sehr vorsichtig und hatten vor allem die Interessen der eigenen Bürger im Blick.

Das abschließende Kapitel gilt den Bemühungen Liechtensteins nach 1948, eine Rückgabe von Besitz bzw. Entschädigung von der Tschechoslowakei wie auch der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen. Der Autor rekonstruiert die rechtliche und politische Argumentation aller beteiligten Seiten, wobei er auch auf Konflikte innerhalb der Dynastie eingeht, und listet die – letztlich vergeblich gebliebenen – Versuche auf, Entschädigungen zu erwirken.